

Die Türkeifrage

Dokumentation zur aktuellen französischen Diskussion

ZUSAMMENGESTELLT VON SILKE STAMMER

56 Prozent der Franzosen sind grundsätzlich „eher gegen“ einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union, 36 Prozent sprechen sich dafür aus. Als wesentliche Gründe nennen die Gegner vor allem die Befürchtung einer massiven Immigrationswelle aus der Türkei in die Arbeitsmärkte der EU-Mitgliedstaaten (40 Prozent), sowie die Tatsache, dass der Großteil des türkischen Staatsgebietes sich in Asien befindet (25 Prozent) und die Mehrheit der türkischen Bevölkerung muslimischen Glaubens ist (25 Prozent). Die Befürworter geben hingegen zu 50 Prozent das Argument an, dass ein Beitritt die Entwicklung der Demokratie in der Türkei stabilisieren würde. Ein Drittel äußert darüber hinaus, dass eine EU-Mitgliedschaft verhindern würde, dass die Türkei zum islamischen Fundamentalismus umschwenkt. (Étude IPSOS, 24./25.9.2004).

Abgesehen von der Meinung der Bevölkerung hat seit der Debatte um die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages von 1992 keine europapolitische Grundsatzfrage ein vergleichbares Ausmaß an Diskussion und Polarisierung der politischen Klasse Frankreichs hervorgerufen, wie die Frage des Bei-

tritts der Türkei zur Europäischen Union. Am 6. Oktober nun hat die Europäische Kommission ihre Empfehlung für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ausgesprochen. Dem folgte in Frankreich unter anderem eine Debatte ohne Abstimmung in der Nationalversammlung, die zwar nur von etwa hundert Abgeordneten genutzt wurde, jedoch in den zentralen Redebeiträgen das Spektrum der Meinungen jenseits von Parteigrenzen verdeutlicht.

Am 17. Dezember wird der Europäische Rat über die Eröffnung und die Bedingungen dieser Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beraten und entscheiden. Die sich überlagernde innerfranzösische Diskussion zur Beitrittskandidatur der Türkei einerseits und zum Referendum über die Europäischen Verfassung andererseits verleiht der Debatte zusätzliche Schärfe und Komplexität. Im Folgenden soll eine Auswahl an Zitaten und Meinungsäußerungen der politischen Vertreter des Nachbarlandes aus den vergangenen Wochen die Dimensionen der Auseinandersetzung sowie die Hauptargumentationslinien der Befürworter und Gegner einer Kandidatur Ankaras veranschaulichen.¹

1 Hierzu sind die selektierten Zitate thematisch gruppiert, die Chronologie wird dabei vernachlässigt.

Jacques Chirac und Gerhard Schröder – völlige Übereinstimmung?

„Meine Überzeugung ist, dass die Türkei eine europäische Bestimmung hat.“

Jacques Chirac, 29.4.2004, zitiert nach „Le Monde“, 16.10.2004.

„Die Entscheidung [...] wird bekanntlich von den Staats- und Regierungschefs beim Gipfel am 16. und 17. Dezember getroffen, wo ebenfalls über den Zeitpunkt, falls es einen geben wird, entschieden wird, an dem die Verhandlungen mit der Türkei beginnen. Der Bundeskanzler und ich, Deutschland und Frankreich teilen eine gemeinsame Haltung: Es liegt zweifellos im Interesse aller und vor allem im Hinblick auf die Verankerung der Demokratie und des Friedens auf dem gesamten europäischen Territorium im weiten Wortsinn, die das Ziel des europäischen Aufbauwerks ist. Das wesentliche Ziel besteht darin, den Frieden und die Demokratie so zu verankern, dass die Irrtümer und die Gewalt der Vergangenheit vermieden werden. In diesem Zusammenhang liegt es natürlich in unserem Interesse, die Türkei in unserem Kreis zu haben. Es ist auch ganz klar, dass die Gewohnheiten der Türkei, wenngleich sie sich entwickelt haben, noch Fortschritte machen müssen, um den Kriterien der Demokratie und der Marktwirtschaft zu entsprechen, die der gesamten Europäischen Union gemein sind.“

Jacques Chirac während der gemeinsamen Pressekonferenz mit *Gerhard Schröder*,

Straßburg, 1.10.2004, Französische Botschaft, veröffentlicht am 4.10.2004.

„Das Interesse Europas und das der Türkei ist es, sich zusammenzuschließen, aber die Antwort wird nicht vor zehn oder 15 Jahren kommen. Eine heutige Polemik zu diesem Thema hat keinen Sinn. [...] Die Franzosen werden ihr Wort dazu zu sagen haben. [...] Mein innigster Wunsch ist, dass wir zu gegebener Zeit, in 15 Jahren, zu einer Möglichkeit des reinen und einfachen Beitritts gelangen. Das ist im Interesse des Friedens und der Demokratie in der Welt und in der Region. [...] Aber es ist möglich, dass die Verhandlungen nicht so enden, wie wir es uns wünschen, dass die Türkei es nicht wünschen könnte, die notwendigen Anstrengungen bis zum Ende zu erbringen. [...] (Eine mögliche Konsequenz wäre) entweder der reine und einfache Verzicht der Türkei auf einen Beitritt in die Union, oder das Finden eines *modus vivendi* auf der Basis einer starken und bedeutenden Verbindung.“

Jacques Chirac nach dem 4. Deutsch-Französischen Ministerrat am 26.10.2004, zitiert nach „Le Monde“, 28.10.2004.

„Wir sind uns darin einig, dass während des Europäischen Gipfels am 17. Dezember die Entscheidung getroffen wird, die es der Türkei ermöglicht, mit der Kommission zu verhandeln, – mit dem ausdrücklichen Ziel des Beitritts zur Europäischen Union. Dieses Ziel und kein anderes wurde festgehalten.“

Gerhard Schröder nach dem 4. Deutsch-Französischen Ministerrat am 26.10.2004, *Présidence de la République Française*.

Wirtschaftliches Ungleichgewicht und politisches Regime

„Auch die Hoffnung des türkischen Volkes muss in Betracht gezogen werden, damit der Fortschrittswille, der dort herrscht, und der stärker ist, als manch einer denkt, nicht durch etwas erstickt wird, das wie Unverständnis oder sogar Ausschluss zu erscheinen droht. Aber wir dürfen das türkische Volk auch nicht anlügen. Geben wir klar zu, dass ein Beitritt zur Europäischen Union weder heute noch morgen noch in den kommenden Jahren möglich ist. Geben wir genauso klar zu – denn die Französisinnen und Franzosen könnten aufgerufen werden, per Volksabstimmung darüber zu entscheiden – dass es unsere Aufgabe ist, offen und ehrlich den Rahmen dieser Diskussion zu stecken. Frankreich muss die Diskussion ernst nehmen und darf deshalb nicht versuchen, sie zu beenden, bevor sie angefangen hat.[...]“

Nein, die Türkei ist nicht beitragsbereit. Die Türkei ist heute auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene sehr weit von Europa entfernt. Zwar hat sich die Türkei seit dem siegreichen Kampf Mustafa Kemal Atatürks für die Unabhängigkeit des Landes und die Laizität für Europa und den Westen entschieden. Diese Bindung hat sich zum Ende des Zweiten Weltkriegs mit dem Beitritt der Türkei zum Europarat und mehr noch zur NATO verstärkt. Die Türkei ist also bereits durch uns verpflichtende Verträge an uns gebunden. Dennoch müssen die Bemühungen trotz der wirtschaftlichen Fortschritte weitergehen. Das Ungleichgewicht zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil des Landes bleibt extrem groß. Selbst wenn ein Drittel der Türken aus der Region Istanbul und entlang der Ägäis einen Lebensstandard haben, der denen anderer EU-Staaten bei ihrem Bei-

tritt gleichkommt, so ist doch noch ein weiter Weg zu gehen, bevor die türkischen Landregionen eine Entwicklungsstufe erreichen, die der Türkei den EU-Beitritt ermöglichen könnte. Das BIP pro Kopf in der Türkei liegt bei 10 Prozent des Durchschnitts der Europäischen Union aus 25 Mitgliedstaaten. Die wirtschaftliche Kluft ist also noch sehr groß.

Auf politischer Ebene hat die Türkei jüngst große Fortschritte gemacht – und hier muss der Mut des türkischen Regierungschefs Erdogan gelobt werden – jedoch müssen die Neuerungen bei der Gesetzgebung auch vom türkischen Volk verinnerlicht werden. Und man muss sich von ihrer effektiven und konsequenten Anwendung überzeugen. Vieles bleibt auch zu tun bei der Annahme der Laizität, für die Rechte von Minderheiten oder für die Gleichheit von Männern und Frauen, die noch lange nicht gewährleistet ist. Die Türkei steht zudem Konflikten gegenüber, die schwierig in die Europäische Union hineinzutragen sind. Ich denke hier an das Problem der Kurden oder an die Spannungen mit den Nachbarländern bei der Kontrolle von Euphrat und Tigris.“

Jean-Pierre Raffarin am 14.10.2004 während der Debatte in der Nationalversammlung zur Türkeifrage, Französische Botschaft, veröffentlicht am 15.10.2004.

„Die Befürworter des Türkeibeitritts bringen häufig das Argument der erfolgreichen Stabilisierung Spaniens, Portugals und Griechenlands vor. Sie vergessen dabei, dass die Integration dieser Länder Anlass zu einer nennenswerten Erhöhung des Gemeinschaftsbudgets gewesen ist, auf dem Wege der so genannten Kohäsionsfonds.“
Sylvie Goulard: „Le Grand Turc et la République de Venise“ (Fayard, Oktober 2004), zitiert nach „Le Figaro“, 4.10.2004.

„Die türkischen Arbeiter sind seit langem in Europa.“
Arlette Laguiller (Lutte ouvrière), zitiert nach „Le Monde“, 24.9.2004.

Religion / Islamismus

„[Ich frage mich, ob die türkische Regierung in der Lage ist], die türkische Gesellschaft dazu zu bringen, den europäischen Werten und den Menschenrechte anzuhängen. Das Problem liegt nicht im Engagement der Regierung, aber in der Einstellung der türkischen Gesellschaft. Wollen wir, dass der Fluss des Islam dem Bett der Laizität folgt?“

Jean-Pierre Raffarin, „Wall Street Journal“, 23.9.2004.

„[Die Türkei] ist kein europäisches Land, aus historischen, geographischen, politischen, moralischen und religiösen Gründen. [Die Türkei] ist „ein asiatisches Land [...] auf dem Weg der Reislamisierung.“

Jean-Marie Le Pen (Front National), zitiert nach „Le Monde“, 24.9.2004.

„Es geht darum zu zeigen, dass der Fluss des Islam im Ozean der Demokratie und der Menschenrechte aufgehen kann. Man kann nicht gleichzeitig die Integration der französischen Muslime und die Laizität zu einer der ersten Chefsachen unseres Landes machen, die Bush-Administration anklagen, im Irak den Konflikt der Zivilisationen zu verschärfen, den Ben Laden und seine Terroristen der Welt aufzuzwingen versuchen, und gleichzeitig der laizistischen Türkei sagen, dass sie bei uns nicht ihren Platz hat.“

Pierre Lellouche (UMP), am 14.10.2004 während der Debatte in der Nationalversammlung zur Türkeifrage, zitiert nach „Le Figaro“, 15.10.2004.

„Von allen Gründen, sich für einen Beitritt der Türkei zur Union auszusprechen, lässt zumindest einer niemanden unberührt: Unter den großen Nationen ist allein die Türkei in der Lage, der Welt zu zeigen, dass man ein demokratisches, laizistisches Land sein kann und gleichzeitig muslimisch. Kein anderes Land ist in gleicher Weise in der Lage, heute und noch vielmehr morgen, eine solche Botschaft zu geben. Wenn wir die Türkei integrieren, was natürlich heißt, dass sie die Beitrittskriterien erfüllt, wird dies sozusagen durch Tatsachen bewiesen sein. Wenn wir sie zurückweisen, ist es der Beweis des Gegenteils, den wir selbst erbracht hätten. Hier geht es nicht im Geringsten um Erpressung, aber um eine einfache Feststellung, die man nicht einfach von der Hand weisen kann.“

Luc Ferry, Meinungsbeitrag in „Le Monde“, 22.10.2004.

„Für uns ist die Diskussion um die Unumkehrbarkeit des Integrationsprozesses, ebenso wie um die Beitrittskriterien (auch wenn es hier eine Menge zu sagen gäbe, im Besonderen zur Verleugnung des armenischen Genozids), eine falsche Diskussion, die nicht stattfinden sollte. Denn die Türkei gehört nicht zu Europa und hat also nicht die Bestimmung, in die Europäische Union aufgenommen zu werden. Ohne umfangreiche Geschichtsstudien oder auch nur geringste Kenntnisse der europäischen Geographie ist dies eine Folgerung des gesunden Menschenverstands, die von einer großen Mehrheit der Franzosen geteilt wird.

Die Türkei kann nicht nach einer Aufnahme in Europa streben, da sie nicht zu Europa gehört, das ist offensichtlich, geographisch ebenso wie historisch. [...] Es ist eine Tatsache, dass die Türkei seit mehreren Jahrzehnten dank einer starken Macht des Militärs dem Anwachsen des radikalen Islamismus trotzt. Die Aufnahme in die Europäische Union ist durch das Verschwinden der starken Militärmacht bedingt, was bedeutet, dass je näher die Türkei der Aufnahme in die Europäische Union ist, desto mehr wird sie durch eine Wendung hin zum radikalen Islam bedroht. Und so bricht das einzige Argument des pro-türkischen Clubs in sich zusammen.“

Offener Brief einer Reihe von UMP-Abgeordneten in „Le Figaro“, 14.10.2004.

Geographische Lage / Grenzen der Union / Sicherheit

„Für die Konstruktion Europas ist das zentrale Problem der türkischen Kandidatur nicht die Menschenrechte, nicht der Entwicklungsrückstand, nicht das Gewicht der Bevölkerungsgröße, nicht der atlantische Tropismus Ankaras, nicht einmal der Islam, sondern seine geographische Lage, weit außerhalb Europas. Das Fehlen oder Vorhandensein von definitiven Grenzen der Europäischen Union wird nun aber entscheidend sein für ihre Natur. Unglücklicherweise hat bis heute keine Regierung, kein nationales Parlament, keine der europäischen Institutionen den Mut gehabt, öffentlich die Frage nach den Grenzen des politischen Europas zu stellen. Und die Erfahrung zeigt, dass niemand den Mut hat, Nein zu sagen, zu welcher Beitritts-Kandidatur auch immer: Jeder hofft, dass ein anderer es an seiner Stelle tun wird.“

Alain Lamassoure (UDF), Meinungsbeitrag in „Le Monde“, 6.10.2004.

„Europa hat keinerlei Interesse daran, die Solidaritätsklausel zugunsten einer Türkei anwenden zu müssen, die weit davon entfernt ist, all' ihre Streitigkeiten mit ihren Nachbarn geregelt zu haben; Europa hat keinerlei Interesse daran, seine Grenzen nach Asien zu verschieben.“

Robert Badinter (PS) während einer Genshagener Expertentagung, am 8./9.10.2004, zitiert nach „Le Monde“, 12.10.2004.

„Wir sind für, entschieden für eine Integration der Türkei in die Europäische Union, weil wir unseren Horizont nicht an den engen Grenzen der französischen Politik Halt machen lassen. Europa braucht die Türkei, um ein Modell des multikulturellen Zusammenhalts zu errichten und um dem Krieg der Zivilisationen eine entscheidende Antwort zu geben.“

Noël Mamère (Verts), am 14.10.2004 während der Debatte in der Nationalversammlung zur Türkeifrage, zitiert nach „Le Figaro“, 15.10.2004.

„Den europäischen Bürgern fehlen Grenzen. Der Misserfolg des Referendums über den Status Zyperns im vergangenen April und vor allem die Debatte um den Beitritt der Türkei zeigen, dass der territorialen Frage nicht länger ausgewichen werden kann.

Das Problem reduziert sich nicht auf die Fragestellung: Ist die Türkei bereit zum Beitritt in die Union? Die Frage lautet auch: Ist die Union in der Lage, die Türkei aufzunehmen? Es geht hier nicht darum, die Beiträge des ottomanischen Reiches und der modernen Türkei zur Geschichte unseres Kontinents zu verkennen. Es geht auch nicht darum, mit zwei Sätzen über die europäische Bestimmung der Türkei zu urteilen. Aber der Beitritt in die Union wird nicht wie ein Diplom oder Zeugnis verteilt, er ist ein Vertrag zu einem gemeinsamen Leben. Dass die Türkei ein muslimisches Land ist, ist kein Hindernis für ihre Integration, aber kann auf umgekehrtem Wege genauso wenig eine Verpflichtung schaffen. Man muss im Übrigen wünschen, dass die Stabilisierung des Balkans eines Tages den Beitritt Bosniens ermöglichen wird. Mit der Türkei abzuwarten, wird den Schock der Zivilisationen nicht beschleunigen. Niemand kann solchen Hirngespinnsten Glauben schenken. Bevor man schließlich vorgibt, die

Union sei ein Schutzwall gegen die Welle des Islamismus, sollte man den Zustand der Mauer bedenken. [...] Der Beitritt der Türkei wirft die Union in eine der unsichersten Regionen der Welt, eine Region voller Fragilitäten zu Beginn dieses Jahrhunderts und zugleich ein Nervenbündel des Planeten. Mit der Aufnahme der Türkei tritt die Union in direkten Kontakt mit mehreren offenen Konflikten. [...] Zunächst scheint es vernünftig, der Türkei eine privilegierte Partnerschaft anzubieten, solange die Union nicht in der Lage ist, den Herausforderungen zu begegnen, vor allem im Bereich der Sicherheit, die diese zukünftige Erweiterung mit sich bringt. In dieser Perspektive müssen die Ambitionen des Europas der Verteidigung ernsthaft überdacht werden. Die Anpassung seiner militärischen Fähigkeiten stellt den entscheidenden Kernaspekt der nächsten Jahre dar.“

Louis Gautier (PS), in einem Meinungsbeitrag für „Le Figaro“, 1.11.2004.

Automatismus der Beitrittsverhandlungen / Privilegierte Partnerschaft

„Ich möchte nicht, dass die französischen Autoritäten mit gespaltener Zunge sprechen, indem sie auf der einen Seite der Türkei sagen, dass sie in die Union aufgenommen wird, und auf der anderen Seite den Franzosen versichern, dass diese Entscheidung ihnen in 15 Jahren zukommt und dass, wenn sie sich gegen den Türkei-Beitritt aussprechen, er nicht vollzogen wird. Die Erfahrung zeigt, dass sobald Beitrittsverhandlungen begonnen wurden, sie sehr schnell zu Ende geführt werden. Wir verhandeln mit Demokratien, die ihren Wählern Rechenschaft schuldig sind. Die Kriterien der Union zu erfüllen, beinhaltet, bedeutende Opfer von der Bevölkerung zu verlangen. Die Türken werden nicht 15 Jahre warten, um für ihr Bemühungen belohnt zu werden. Ihre Regierung kann sie im besten Fall fünf bis sechs Jahre zur Geduld bringen.“

Alain Lamassoure (UDF), Interview in „Le Figaro“, 13.10.2004.

„Ich wünsche, dass wir für die Türkei, wie ab sofort für alle Beitrittsländer, eine privilegierte Partnerschaft vorsehen, um keinerlei Empfindlichkeiten zu verletzen und die Würde eines großen Volkes mit Respekt zu behandeln. Um dahin zu gelangen, darf der Europäische Rat vom 17. Dezember keinen Weg versperren.“

Edouard Balladur (UMP), am 14.10.2004 während der Debatte in der Nationalversammlung zur Türkeifrage, zitiert nach „Le Figaro“, 15.10.2004.

Politisches Europa / Europäische Verfassung / Referendum

„Das Problem, die derzeitige Debatte in Europa, und besonders in Frankreich, über die europäische Verfassung, also über den Verfassungsvertrag, hat absolut nichts mit der Debatte über die Türkei zu tun. In Frankreich wird 2005 ein Referendum stattfinden über die Ratifizierung des Verfassungsvertrags. Es geht darum, Ja oder Nein zu einem Vertrag zu sagen, dessen Ziel darin besteht, dem erweiterten Europa die Möglichkeiten an die Hand zu geben, sich zu regieren und weiter zu kommen. Das hat absolut nichts mit der Türkei zu tun. Was die Türkei angeht, so kennt jeder meine Haltung, die übrigens mit der des Bundeskanzlers übereinstimmt, aber das ist ein sehr viel längerfristiges Problem. Der mögliche EU-Beitritt der Türkei setzt zwei Dinge voraus: Zunächst, dass die Türkei alle Bedingungen erfüllt [...]. Und dann, wenn das der Fall ist, die juristische und die politische Entscheidung auf der Grundlage eines Beitritts-Vertrages. Das erfordert zehn oder 15 Jahre. Das wird zwangsläufig sehr lang sein. Und das Problem für die Franzosen besteht darin, zu erfahren, ob sie in dem Moment ihr Wort dazu sagen können oder ob die Entscheidung ihnen aufgezwungen werden kann.“

Also, ich versichere Ihnen gleich, die Franzosen werden ihr Wort dazu zu sagen haben. Und um dies garantieren und versichern zu können, habe ich die Regierung aufgefordert, die Bedingungen für die Verfassungsänderung zu prüfen, die, wie Sie wissen, notwendig ist, um den europäischen Verfassungsvertrag zu verabschieden, also eine Bestimmung einzufügen, die es gestattet sicherzustellen, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt, das heißt vor dem möglichen Beitritt oder der Frage nach dem möglichen Beitritt der Türkei, die Franzosen nicht über den Weg eines parlamentarischen Verfahrens, sondern obligatorisch für diese Erweiterung und mögliche weitere Erweiterungen auf dem Weg eines Referendums befragt werden.“

Jacques Chirac während der gemeinsame Pressekonferenz mit *Gerhard Schröder*, Straßburg, 1.10.2004, Französische Botschaft, veröffentlicht am 4.10.2004.

„Ich glaube nicht, dass Europa bereit ist für den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Europa ist gerade erweitert worden, es muss seine neuen Mitglieder aufnehmen und deren Integration gewährleisten, bevor an eine neue Erweiterung gedacht werden kann. Aber die Priorität der Europäer heute ist die Verabschiedung der Verfassung, also die Vertiefung der Vorstellung von einem politischen Europa. Vergessen wir nicht, dass zu den Kriterien von Kopenhagen, die 1993 definiert wurden, die Fähigkeit gehört, „neue Mitglieder einzugliedern und dabei den Schwung der europäischen Integration zu bewahren“. Haben wir heute diese Fähigkeit? Die Antwort ist ganz klar „Nein“. Weder Europa noch die Türkei sind heute bereit zu diesem Beitritt. Vergessen wir das nicht, tun wir nicht so, als wäre dies nicht der Fall. [...]

Die Türkei verändert sich, denn sie zeigt eine echte Sehnsucht nach Europa. Lassen wir ihr Zeit. Jetzt ist die Zeit der Diskussionen, des Dialogs, der notwendigen Annäherung für eine Nähe, die es noch zu definieren gilt. Das alles steht bei der Verhandlungsphase auf dem Spiel, die bald eröffnet sein wird. [...] Der Prozess wird lang sein. Wie beim Europäischen Rat vereinbart, hat die Kommission am 6. Oktober ihre Empfehlung bezüglich der Türkei vorgelegt. Sie ist der Meinung, dass „die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen ausreichend erfüllt und empfiehlt die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen“. Wie die Kommission unterstrich, handelt es sich um ein „vorläufiges Ja“, das zu einem großen Teil auf den Fortschritten beruht, welche die Türkei machen muss und deren Anwendung sorgfältig überprüft werden muss. Die Staats- und Regierungschefs werden sich am 17. Dezember zu der Möglichkeit äußern, Beitrittsverhandlungen mit diesem Land zu eröffnen. Wenn sie eröffnet sind, werden sie komplex und schwierig sein. [...] Wir haben das Schicksal Europas in der Hand. Die Zukunft ist nicht festgeschrieben: Die Europäische Union kann entscheiden, dass es zum Beitritt der Türkei kommt, sie kann entscheiden, dass eine verstärkte Partnerschaft mit der Türkei entsteht, und sie kann entscheiden, da zu bleiben, wo wir heute sind.

Jean-Pierre Raffarin am 14.10.2004 während der Debatte in der Nationalversammlung zur Türkeifrage, Französische Botschaft, veröffentlicht am 15.10.2004.

„Mit der Türkei reduziert sich Europa auf eine schlichte Freihandelszone, weit entfernt von dem Ideal, das die Föderalisten antreibt, denen ich angehöre.“

Dominique Pail  (UMP), am 14.10.2004 während der Debatte in der Nationalversammlung, zitiert nach „Le Figaro“, 15.10.2004.

„Hätten wir Europa mit einem Deutschland gebaut, das den Holocaust verneint hät? Der türkische Staat leugnet weiterhin den Volkmord an nahezu 2 Millionen Armeniern. Gibt es eine Hierarchie bei Volkmorden? General de Gaulle hat von einem Europa vom Atlantik bis zum Ural geträumt, sind Sie bereit den Alptraum eines Europas vom Atlantik bis zum Euphrat zu leben?“

Philippe Pemezec (UMP), am 14.10.2004, zitiert nach „Le Figaro“, 15.10.2004.

„Der Beitritt eines nicht-europäischen Staates wird das reibungslose Funktionieren der Institutionen, die durch die Erweiterung bereits geschwächt sind, unmöglich machen.“

Nicolas Dupont-Aignan (UMP), am 14.10.2004, zitiert nach „Le Figaro“, 15.10.2004.

„Der Beitritt der Türkei, ohne steuerliche und soziale Harmonisierung, ohne wirkliche Demokratisierung der europäischen Institutionen, in einem Europa der 30, kann nichts anderes als eine Auflösung des europäischen Projektes bedeuten und Reflexe der Angst und Feindseligkeit vorbereiten. Wir müssen klar sagen, dass der Beginn von Beitrittsverhandlungen keinen Beitritt bedeutet.“

Manuel Valls (PS), am 14.10.2004, zitiert nach „Le Figaro“, 15.10.2004.

„Die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ist ein legitimes Recht. Es kann hier keine benachteiligende Behandlung geben. Aber erfüllt die Türkei heute die Bedingungen eines Beitritts? Und ist die Union in der Lage ihr eine harmonische Integration anzubieten? Zu diesem Zeitpunkt ist die Antwort auf diese beiden Fragen „Nein“.

Jean-Marc Ayrault (PS), am 14.10.2004, zitiert nach „Le Figaro“, 15.10.2004.

„Man hat den Türken Versprechungen gemacht, aber auch den Europäern. Man hat den Europäern versprochen, dass die Erweiterung nicht ohne eine vorherige Vertiefung der Integration vorstatten gehen würde. [...] Man muss den Deutschen klar sagen, dass, wenn Frankreich beim Referendum „Nein“ zur Verfassung sagt, dies auch ein Problem für Deutschland sein wird.“

Sylvie Goulard während einer Genshagener Expertentagung am 8./9.10.2004, zitiert nach „Le Monde“, 12.10.2004.

„Es gibt einen ganz klaren Zusammenhang zwischen der Verfassung und dem Beitritt der Türkei. Zuerst einmal, weil die Verfassung die politische Macht der Staaten an ihr demographisches Gewicht koppelt. Nun, die Türkei wird zu einem wahrhaften Koloss, mit 68 Millionen Einwohnern, davon 30 Prozent jünger als 15 Jahre, ohne von den 250 Millionen türkischsprechenden Menschen zu reden, die aus den Ländern des Kaukasus kommen. Die Regel der doppelten Mehrheit im Rat würde sehr schnell Ankara eine dominierende Rolle verschaffen, und Frankreich, in der Minderheit, würde keinerlei Gewicht mehr besitzen.“

Philippe de Villiers (MPF), Interview in „Le Figaro“, 12.10.2004.

„Die Debatte um die Türkei ist eine falsche Debatte: Für uns ist der Beitritt der Türkei keine Frage der Modalitäten oder Bedingungen, sondern eine Frage des Prinzips. Es geht nicht darum zu wissen, ob die Türkei die demokratischen Reformen vollzieht, die es ihr erlauben, der Europäischen Union beizutreten, das heißt, ob sie die Beitrittskriterien, die so genannten Kopenhagener Kriterien erfüllt.“

Im Kern der Diskussion steht eine einfache Frage: Hat die Türkei die Bestimmung, in die Europäische Union aufgenommen zu werden oder nicht? Für uns ist die Antwort Nein. Denn es ist keine türkische Frage, die uns gestellt wird, sondern eine europäische. Der Beitritt der Türkei stellt den Europäern die Frage nach der Natur Europas: Welches Europa wollen wir?

Der Beitritt der Türkei würde das europäische Projekt in radikaler Weise umstürzen: Die Natur Europas würde geändert werden. Europa hat nicht die Bestimmung, sich unendlich auszudehnen, und umso weniger auf nicht-europäische Länder: Das gemeinsame europäische Haus kann sich nicht bis ins Unendliche ausdehnen, ohne jegliche Bedeutung zu verlieren.“

Hervé Morin, Michel Mercier et Marielle de Sarnez (UDF), Meinungsartikel in „Le Figaro“, 12.10.2004.

„Man erklärt umsonst, dass die Zulassung einer Kandidatur nicht die Zulassung des Beitritts bedeutet, dass es hier nur um die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen gehe. ‘Paroles, paroles...’. Keinem Kandidat, seit 30 Jahren, wurde der Beitritt in die Gemeinschaft verweigert. [...] Der Beitrittskandidat wird, nach kürzerer oder längerer Zeit, Mitglied der Union werden. Das wird mit der Türkei genauso wie mit ihren Vorgängern sein. Deshalb erscheint das Anzeigen eines obligatorischen Referendums für die Ratifizierung des Beitrittsvertrages mit der Türkei durch Frankreich als eine Maskerade. Denn, nach zehn oder 15 Jahren der Verhandlungen und der Anstrengungen der Türkei, seine Gesetzgebung zu transformieren und das, was man den ‘acquis communautaire’ nennt, zu absorbieren, wird es für Frankreich unmöglich sein, zu diesem Land „Nein“ zu sagen, ohne eine außerordentliche Empörung der Türken hervorzurufen und eine schwere diplomatische Krise. Der Staatspräsident weiß das sehr genau. Diese angekündigte Verfassungsänderung, dieses obligatorische Referendum in zehn oder 15 Jahren sind nichts als Sand in die Augen. In Wirklichkeit wird der entscheidende Schritt im Dezember, bei nächsten Europäischen Rat getan werden.“

Robert Badinter (PS), Meinungsbeitrag in „Le Monde“, 22.10.2004.

„Die einzige Möglichkeit, den Beitritt der Türkei in die Europäische Union zu verhindern, ist ein Nein beim Referendum [zur Europäischen Verfassung, d.Red.].“

Nicolas Dupont-Aignan (UMP, souverainiste), zitiert nach „Le Figaro“, 29.10.2004.

„Solange die christlichen Wurzeln nicht in die Präambel der Verfassung aufgenommen werden, werde ich mit „Nein“ stimmen.“

Christine Boutin (UMP), zitiert nach „Le Figaro“, 29.10.2004.

„Ich verstehe nicht, dass der Staatspräsident die tiefe Reaktion einer großen Anzahl überzeugter, sehr erfahrener Europäer nicht berücksichtigt, zu allererst Valéry Giscard d'Estaing, aber auch Männer wie Robert Badinter oder Maurice Faure, die sagen: die Europäische Verfassung ist ein Schritt in Richtung eines integrierten Europas, aus diesem Grund muss sie unterstützt werden, während der Beitritt der Türkei genau in die andere Richtung geht. Dies verdient eine Erklärung, eine Auseinandersetzung über die Wahl, die Entscheidungen Frankreichs, die nicht allein die Entscheidungen des Präsidenten sind. Im Übrigen hört man aus dem Umkreis der europäischen Ratspräsidentschaft, dass Frankreich sich dafür einsetzt, dass die Türkei in einigen Tagen Mitunterzeichner der Europäischen Verfassung in Rom wird. Das ist offensichtlich das Symbol einer bereits getroffenen Wahl, einer bereits gefallenen Entscheidung. [...]

Die Aussicht, allein das französische Volk dazu zu befragen, einen Vertrag zu billigen oder abzulehnen, der in zehn oder 15 Jahren ganz offensichtlich abgeschlossen sein wird, erscheint mit völlig unrealistisch. Dies stellt das Problem falsch dar und spiegelt in starker Weise den Hintergrund der Haltung Jacques Chiracs zum europäischen Projekt wider. Ich sehe mit Erstaunen, dass alle Befürworter des Türkei-Beitritts gleichzeitig Befürworter eines Europas der konzentrischen Kreise sind, im Gegensatz zum föderalen und gemeinschaftlichen Europa, das der Vertrag schaffen will. Alles sieht danach aus, als ob der Staatspräsident ein Europa der Staaten wünscht, in dem die Entscheidungen zwischen Diplomaten getroffen werden, ganz gleich, wie die Meinungen der Bevölkerungen aussehen! Diese Vision ist gleichzeitig gefährlich und falsch.“

François Bayrou (UDF), Interview in „Le Figaro“, 28.10.2004.

Französisches Selbstbild

„Was am „Nein“ zur Kandidatur der Türkei schockiert, das ist das „niemals“, das es zu begleiten scheint. Dieses radikale instinktive Nein, das zu anderer Zeit das Nein gegenüber Deutschland oder das Nein gegenüber Großbritannien war, und das jedes Mal zugunsten des „Ja, wenn“ der Vernunft, der Öffnung und des Dialogs zurückgenommen wurde, und im Folgenden zum „Ja klar“ der letztlich anerkannten Schicksalsgemeinschaft geworden ist. Jedes Mal hat Frankreich aus zwei sehr unterschiedlichen Quellen den Mut, Ja zu sagen, geschöpft: Aus seiner universellen und republikanischen Berufung, die es dazu gebracht hat im Anderen, ob Person oder Nation, das gleiche menschliche Wesen zu suchen, jenseits aller nationalen, religiösen, territorialen, historischen oder rassischen Unterschiede. [...] Die gegenwärtige Position der Kommission, die nach Jahren der kontrollierten Kandidatur, die mit so vielen Sicherheitsvorkehrungen und Bedingungen versehen ist, dass das „Ja, wenn“ nahezu ein „Nein, außer wenn“ geworden ist, hat das Verdienst, eine positive Perspektive zu eröffnen. Aus französischer Sicht lässt sie uns Zeit, unsere Überlegungen reifen zu lassen. Nun, wir brauchen diese Zeit, bevor wir uns äußern können. Zuallererst, um uns zu fragen, ob wir Franzosen, als die europäische Nation, die am meisten gegenüber dem Süden geöffnet ist, also am verletzlichsten ist im Hinblick auf jede Krise, die am Mittelmeerraum ausbrechen könnte, ob wir nicht ein starkes Interesse daran haben, den dreifachen Kreis der Demokratie, der Laizität und der wirtschaftlichen Entwicklung, der uns stets Sicherheit und Wohlstand gebracht hat, auf den Süden auszuweiten. Um uns zu fragen, ob das, womit man der islamistischen Bedrohung, den Migrationsströmen aus den armen Ländern, den industriellen Delokalisierungen, den Risiken regionaler Konflikte am besten begegnen könnte, nicht rein zufällig genau diese Erweiterung Europas nach Süden wäre, die uns heute so Angst macht. [...] Ein „Nein, niemals“ würde uns auf unsere eigenen Schwächen zurückwerfen, ohne uns zu erlauben, diese zu überwinden.“

Renaud Dutreil, Ministre de la Fonction publique et de la Réforme de l'Etat, zitiert nach „Le Figaro“, 30./31.10.2004.

„In der Debatte, die sich in Frankreich entwickelt, geht es im Grunde nicht wirklich um die Kandidatur der Türkei. Es geht vielmehr um Frankreich, um seine Identität... und um seinen Niedergang.“

Piyale Madra, frankophone Türkin, Karikaturistin der Zeitung „Radikal“/Istanbul, zitiert nach „Le Monde“, 14.10.2004.